

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 63 (1969)
Heft: 12

Rubrik: Schweizerisches

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Zukunft der Kirche und die Zukunft der Welt. Die Synode der EKD 1968 zur Weltverantwortung der Kirche in einem revolutionären Zeitalter. 1968, Chr. Kaiser Verlag, München, Fr. 10.20.

Das Hauptthema der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands 1968 lautete «Die Zukunft der Kirche und die Zukunft der Welt». Der vorliegende Band von 222 Seiten enthält die Referate, Berichte, Diskussionsbeiträge und Beschlüsse zu diesem Thema. Eingangs finden wir die «Entschiessung», die in acht Abschnitten zum Thema Stellung nimmt: Bedrohung der Zukunft — Liebe durch Glaube — Gerechtigkeit durch Glaube — Der Beitrag der Kirche — Falsche Argumente — Konkrete Aufgaben — Zukunft der Kirche — Zukunft der Welt. Die kurzen Formulierungen könnten auch für unsere Landeskirche wegweisend sein. Die Referate befassen sich mit Entwicklungsproblemen, Strukturproblemen, Weltverantwortung der Kirche und neuen Perspektiven für sie. Dass gewisse Diskussionsvoten wiedergegeben sind, gibt Einblick in die verschiedenen Meinungen, von denen wohl diejenige Professor Gollwitzers am weitesten geht.

B. W.

Schweizerisches

Wenn versucht wird in den «Neuen Wegen» auch wieder einmal einige Fragen für die Schweiz aufzuwerfen, so kann das in der Vielfalt der heute aktuellen Probleme nur geschehen, indem wir zu einzelnen Fragen Stellung nehmen. Nehmen wir die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages durch die Schweiz. Lange, allzulange, hat es gedauert, bis vom Bundesrat grünes Licht zur Unterzeichnung dieses für alle Friedensfreunde wichtige Dokument gegeben worden ist. Wenn wir daran denken, dass schon am Tage, da dieses Vertragswerk den Nationen zur Unterzeichnung aufgelegt worden ist, 90 Staaten unterzeichnet haben, und das geschah am 1. Juli 1968, dann wundern wir uns eben über dieses Berner Tempo des Bundesrates. Wir fragen uns, ob der Bundesrat nicht doch noch vor der Bonner Regierung unterzeichnen wollte und ob nicht wohl die beiden abtretenden Bundesräte Spühler und Schaffner vom Gesamtbundesrat verlangten, wenigstens die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages noch vor ihrem Abgang unter Dach zu bringen? Mit der erfolgten Unterzeichnung ist noch keine Ratifikation da, obschon nun die USA und die Sowjetunion ratifiziert haben. Wir kennen auch die Kreise um gewisse höchste Offiziere der Schweizer Armee, die scheinbar den Traum, dass die Schweiz doch noch Atomwaffen bekommen sollte, nicht ausgeträumt haben. Die Atomwaffengegner und ihre Freunde müssen auch weiterhin wachsam sein und mithelfen, dass der Unterzeichnung des Atomsperrvertrages auch für unser Land die Ratifizierung folgt.

Und nun einige Worte zum «roten Büchlein von Herrn von Moos». So kommt es, wenn ewiggestrige Politiker und unbelehrbare Militaristen glauben, das Schweizer Volk belehren zu müssen, wer nach ihrem engen Sinn ein echter Schweizer sei. Wer unsere welschen Zeitungen lesen konnte, der kriegte eine Ahnung, wie es gemacht werden soll, um unserem Volke

Schaden anzutun. Diese einmütige Verurteilung durch die westschweizerische Presse kann sich der Bundesrat hinter die Ohren schreiben. Es würde zu weit führen, einige Äusserungen der führenden Zeitungen der Westschweiz hier aufzuzeigen. Nur als Beispiel aus dem «Feuille d'Avis de Lausanne», wie wir aus einem Artikel des VPOD-Organs «Entrüstungsturm gegen die «von-Moos-Bibel» entnehmen. Diese welsche Zeitung sieht im Zivilverteidigungsbuch «das Weltbild von Verrückten» und erklärt: «Der Feldzug für die Gesundheit unseres Volkes, der in diesen Tagen in der ganzen Schweiz durchgeführt wird, sollte mit einer grossen Säuberung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement beginnen.» Auch in Kreisen der Pfarrer hat sich eine gesunde Entrüstung gegen diesen Ungeist dieser konservativen «Schulmeister» unseres Volkes bemerkbar gemacht. Wir können nur sagen: «Gut so.»

Viel wurde in letzter Zeit über das Problem unserer Sozialversicherung gesagt und geschrieben. Nicht von ungefähr, wenn wir an die ungelösten Fragen unserer sozialen Krankenversicherung in der Schweiz denken. Aber auch eine gerechte Volksversicherung für unsere alten Leute muss unter Dach gebracht werden. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen, wenn nun auch die bürgerlichen Parteien eine Volksinitiative für eine «gerechte Altersrente» dem Volk zur Unterzeichnung vorgelegt haben. Wir tun gut, die Texte der verschiedenen Initiativen für unsere AHV-Rentner genau zu lesen, wenn wir mithelfen wollen, dass unsere alten Leute in absehbarer Zeit zu existenzsichernden Renten kommen sollen. Es bestehen eben doch Unterschiede in den Texten beispielsweise zwischen der bürgerlichen Initiative und derjenigen der SPS und des Gewerkschaftsbundes. Auf alle Fälle ist die Initiative und die Unterzeichnung für eine eidgenössische soziale Krankenversicherung von grosser Wichtigkeit.

Volle zwei Tage beschäftigte sich unser eidgenössisches Parlament mit den Fragen des Mieterschutzes und der Wohnungsprobleme. Die Hausbesitzer und ihre Kreise versuchten den Mieterschutz zu torpedieren, um freie Hand für die Festlegung der Mietpreise zu erhalten. Wohin dies geführt hätte, das wissen die Mieter nur allzu gut: zu noch teureren Wohnungen. Es zeigte sich aber der Gegendruck der Mieter, und der Vorschlag des Bundesrates, den bestehenden Mieterschutz um ein weiteres Jahr zu verlängern, wurde im Nationalrat angenommen und dieser Beschluss als dringlich erklärt. So gewinnen die Behörden Zeit, ein gutes Gesetz in dieser Sache für das Obligationenrecht vorzubereiten. Dagegen wurde das Volksbegehren für das Recht auf Wohnung abgelehnt. Weiterhin wurde die Förderung des sozialen Wohnungsbaues für zwei Jahre verlängert. Für die Mieter unseres Landes ist die Wohnungsfrage zu einer wichtigen Aufgabe geworden. Noch gäbe es einige dringende Probleme zu besprechen, wie etwa die Fragen unserer Finanzordnung oder die Überfremdungsinitiative von James Schwarzenbach, die ihre Schatten weit in die Öffentlichkeit wirft. Auch hier müssen wir wachsam sein, wenn unser Volk nicht Schaden nehmen soll.

Hans Anderfuhren